

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,60 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktionen: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummern: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von November 1920 bis April 1921 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Anzeigen: bis 10 Uhr. Einblendung 25 Pfg. — Postbezugsnummer Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 295

Freitag, den 17. Dezember 1920

11. Jahrgang

Die Ausführungen der deutschen Sachverständigen in Brüssel.

Die Eröffnung der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 16. Dez. Amtlicher Ententebericht vom 16. Dez. mittags: Die 1. Sitzung der internationalen Sachverständigenkonferenz fand heute vormittag um 10 Uhr im Akademiepalast statt. Die deutschen Delegierten Bergmann und Havenstein sowie mehrere Sachverständige waren anwesend. Die deutsche Delegation gab dem Wünsche Ausdruck, zuerst einen allgemeinen Überblick über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu geben. Staatssekretär Schröder machte die Ausführungen und erläuterte die Denkschriften, die der Konferenz überreicht worden sind, und welche die budgetären Anforderungen, die steuerlichen Belastungen, den Stand der Einnahmen und Ausgaben und die Vermehrung der schwebenden Schuld seit Ende des Krieges erläutern. Mehrere Mitglieder der Konferenz stellten über diese Gegenstände Fragen und erbaten Erläuterungen und ergänzende Dokumente. Die nächste Sitzung der Konferenz findet heute nachmittags um 4 Uhr statt.

Brüssel, 16. Dez. In der heutigen Nachmittagsitzung schilderte Reichsbankpräsident Havenstein die Gründe, die einer Besserung der deutschen Valutaverhältnisse entgegenstehen. Unter seinen Ausführungen war besonders bemerkenswert die Richtigstellung derjenigen Zahlen, welche auf der letzten Brüsseler Finanzkonferenz über den Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr 1920 angegeben worden sind. Anstatt einer aktiven Handelsbilanz im Mai und Juni hat sich auf Grund der angeführten Nachprüfung im gesamten ersten Halbjahr ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr von nicht weniger als durchschnittlich sechs Milliarden Mark monatlich ergeben. Zum Schluss seiner Ausführungen erklärte Havenstein, daß eine Besserung der deutschen Valuta nur aus einer Besserung der Zahlungsbilanz erfolgen könne. Diese beruhe vor allem auf der Arbeit, deren Vorbedingungen freie Exportmöglichkeit sei. Endlich müsse die Kriegsschuldigung von Deutschland so berechnet werden, daß sie noch getragen werden könne.

Oberpräsident Siehr über die ostpreussischen Ortswehren.

Königsberg, 16. Dez. Zu der Entente note über die Lösung der Ortschaft und sonstigen Selbstschutzorganisationen und der ostpreussischen Orts- und Grenzwehren teilt unser Oberpräsident Siehr mit: Selbstverständlich habe ich nie die Ansicht vertreten, daß eine Verstärkung von dreitausend Mann genügt, um die Sicherheit in Ostpreußen aufrecht zu erhalten. Ich habe mit Rücksicht auf die exponierte Lage Ostpreußens seit Beginn meiner Amtsführung auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Grenzarmierung hingewiesen und Vermehrung der Reichsmehr und Sicherheitspolizei für notwendig erklärt. Leider wurden alle diese Anträge unter Hinweis auf den Friedensvertrag und die danach dem Reiche nur in ganz unzulänglichem Maße zur Verfügung stehenden militärischen und polizeilichen Kräfte abgelehnt. Als der russisch-polnische Krieg sich der Grenze näherte, habe ich abermals zur Sicherung der Neutralität dringend um Hilfe aus dem Reiche gebeten. Für Ostpreußen konnten aber nur zwei Bataillone und später noch zwei weitere Bataillone im Reiche freigemacht werden, die infolge der Notwendigkeit des Seetransports zum Teil in spät eintrafen, daß die Entwaffnung und Internierung der übergetretenen 50 000 Russen schon vorher mit den vorhandenen geringen Kräften bewirkt werden mußte. Die Bewachung und der Abtransport dieser Truppenmengen mit den zahlenmäßig schwachen Reichswehrkräften wurde überhaupt nur dadurch möglich, daß ich die Orts- und Grenzwehren ins Leben gerufen und für diesen besonderen Zweck aufgebildet hatte. Mit den Sicherungsorganisationen haben diese Orts- und Grenzwehren nichts zu tun. Die sind vielmehr gegen diese Selbstschutzorganisationen in scharfem Kampfe durchgesetzt worden. Die Zahl 3000, die in der Note erwähnt wurde, habe erst wenig später, als die akute Gefahr vorüber war, eine Rolle gespielt. Nach dem Abtransport der Russen galt es, die in den Wäldern versteckten Russen, die sich der Internierung entzogen hatten, zu suchen, zu internieren und abzutransportieren. Hierzu wurden die Grenzwehren und freiwillige Polizeitruppen in Stärke von 2000 Mann und die Ortswehren in Stärke von etwa 1000 Mann (zusammen 3000 Mann) aufgestellt und dieses Aufgebot von mir für diesen besonderen Zweck als erforderlich und genügend erklärt. Solange der russisch-polnische Krieg noch tobte, besteht für die Provinz, sobald sich der Kampf den Grenzen nähert, von neuem die akute Gefahr, daß einer der kämpfenden Teile Ostpreußens Grenze oder die Neutralität des Deutschen Reiches verlegt, oder daß wiederum größere Truppenmengen überreten und entsprechend unserer Neutralitätspflicht entwaffnet und interniert werden müssen.

Dann aber ist die Orts- und Grenzwehr für die Sicherheit der Provinz unentbehrlich. Falls trotz der besonderen Lage der Provinz Ostpreußen die Auflösung der Orts- und Grenzwehr vor Herstellung des völligen Friedenszustandes im Osten durchgeführt werden würde, könnte ich die Verantwortung für die Sicherheit der Provinz nicht weiter tragen und würde die daraus sich ergebenden Folgerungen ziehen.

Siehr, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Deutsche Note über die Einschränkung des Luftfahrverkehrs.

Berlin, 16. Dez. Zu der Forderung der alliierten Regierungen, das Verbot der Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial über den im Friedensvertrag vorgesehenen Zeitraum auszudehnen, hat die Regierung eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet, in der es heißt: Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, den Reichsangehörigen die verlangten neuen Beschränkungen aufzuerlegen, die gefordert sind. Einer Verlängerung der Sperrfrist würde die finanzielle Kraft der Luftfahrtindustrie nicht gewachsen sein. Sie müßte sich daher entschließen auf eine Fortführung der Unternehmungen überhaupt zu verzichten. Dadurch würde ein ganzer Industriezweig von hoher kultureller Bedeutung vernichtet und die Wirtschaftskraft Deutschlands weiter geschwächt werden. Das einzige Interesse, das die Botschafterkonferenz an der Verlängerung des Verbots haben kann, ergibt sich aus der Befürchtung, daß durch die Wiederaufnahme der Bautätigkeit infolge der Schwierigkeiten der Unterscheidung zwischen neuem und altem Material, die Erfüllung der Ablieferungsbestimmungen erschwert würde. Tatsächlich ist das abzuliefernde Material bis auf einen geringen Rest an die Kontrollkommission abgeführt. Die deutsche Regierung bereitet zurzeit eine gezielte Maßnahme zur schnellen und völligen Ermittlung des restlichen Materials vor. Die Gründe, die den alliierten Regierungen eine Verlängerung der Verbotsfrist erwünscht erscheinen lassen, werden sonach voraussichtlich schon in aller nächster Zeit wegfallen. — Die deutsche Regierung ist gern bereit, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie in der Zwischenzeit eine Kontrolle darüber durchgeführt werden kann, ob zum Bau eines Luftfahrzeuges nicht etwa ablieferungspflichtiges Material verwendet worden ist und darüber, wie zu verfahren ist, wenn dies dennoch geschehen sollte. Sie wird bei Regelung dieser Frage den alliierten Regierungen jedes Entgegenkommen beweisen. Die deutsche Regierung bittet, die Sachlage unter Würdigung obiger Darlegungen erneut zu prüfen und schlägt vor, falls ihr Standpunkt nicht geteilt werden sollte, die Angelegenheit einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Durchfahrt durch den Kieler Kanal.

Paris, 16. Dez. Die Botschafterkonferenz stimmte dem Reglement über die Durchfahrt von internationalen Kriegsschiffen durch den Kieler Kanal zu. Sie beschloß ferner, an die österreichische Regierung eine Note zu richten, in der diese aufgefordert wird, die aus der Anwendung der militärischen Klausel des Vertrages von St. Germain sich ergebende Maßnahmen zu ergreifen. Die Konferenz beschloß ferner, an die Deutsche Regierung eine Note zu richten, in der Deutschland gefragt werden soll, aus welchen Gründen der Abschluß des Vertrages mit Dänemark über die Regelung der durch die Abtretung von Nordschleswig entstandenen Fragen verzögert wird.

Kommunistischer Streik in Mitteldeutschland.

Nach Blättermeldungen aus Halle fanden dort gestern abend Versammlungen der Arbeiterschaft statt. Sie beschloßen, den Streik wegen der Verhaftung des kommunistischen Redakteurs Dr. Stern zum Generalstreik für ganz Mitteldeutschland, insbesondere für das Kohlenrevier, zu machen.

Die Kommunisten haben mit Unterstützung der Unabhängigen in der Provinz Sachsen eine Petition an den Reichstag eingebracht, bei der gegen die Verhaftung von Dr. Stern protestiert wird. Dadurch das Verbot, welches der deutschen und der österreichischen Republik gegen die

Der Streit um den dritten Bismarckband.

Gestern begann vor dem Berliner Landgericht der Prozeß des früheren Kaisers gegen den Verlag Cotta. Unter Berufung auf das Urheberrecht an seinen Briefen, will der Kaiser mit der Frage dem Verlag unterliegen. Der dritte Band der Bismarckischen Gedanken und Erinnerungen zu veröffentlichen. Ein Vergleichsvorschlag des Verlegers wurde von beiden Parteien abgelehnt. Nach vierstündiger Verhandlungsdauer kam das Gericht zu dem Entschluß, daß das Urteil in einer Woche verkündet werden soll.

Genf und Brüssel.

In Genf nähert sich in diesen Tagen die erste Konferenz der Völkerbundsversammlung ihrem Ende, und in Brüssel treffen die deutschen Delegierten mit den alliierten Sachverständigen zusammen, um in Fortsetzung der im Juli von den Ministern in Spa gepflogenen Verhandlungen das schwierige Wiedergutmachungsproblem zu lösen. Der Unterschied zwischen den Arbeiten in Genf und Brüssel und ihrer Bedeutung für das deutsche Volk ist zu augenfällig, als daß man ihn übersehen könnte. In Genf ist eine große Zahl hochangesehener geistiger und politischer Führer der verschiedensten Länder versammelt, um die allgemeinsten Grundzüge des Weltfriedens und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit aller Völker zu besprechen. Wir erleben dort Redeschlachten, die oft ein hohes Maß von Geistesaufwand und idealem Willen erkennen lassen. Dennoch ist das Ergebnis dieser Tagung, von Formalitäten abgesehen, so gering, daß man fast die große Verschwendung von Zeit und geistiger Arbeit, die dort getrieben wird, bedauern möchte. So sehr von allen Völkern, nicht zum wenigsten vom deutschen, das hohe Ziel eines wahren Bundes aller Völker begrüßt und gefördert werden muß, so ist doch der Völkerbund, wie er augenblicklich besteht, zur Unfruchtbarkeit verdammt, so lange ihn noch die Gefinnung von Versailles beherrscht, der er seine Entstehung verdankt. Nicht umsonst hält sich Amerika heute noch außerhalb dieses Bundes, und es ist nicht anzunehmen, daß Deutschland seine Aufnahme nachsuchen wird, so lange dieser Bund — man denke an seine Entscheidung in der Frage von Copen und Malmedy — sich zum gefügigen Werkzeuge der Machtgelüste der „Steger“ im Weltkriege mißbrauchen läßt.

Immerhin soll nicht verschwiegen werden, daß kürzlich im Völkerbundsrat ein wichtiges Projekt aufgedeckt ist, das vielleicht bei seiner Ausarbeitung und Verwirklichung eine wertvolle positive Leistung darstellen könnte. Der Vizepräsident der Finanzabteilung der nordamerikanischen Finanz- und Wirtschaftskommission A. V. A. hat dort zwei Entwürfe betreffend die internationale Kreditaktion vorgelegt.

Die erste Vorlage sieht die Schaffung eines Ausschusses aus drei Juristen und drei Geschäftsleuten vor. Dieser Ausschuss wird beauftragt, die gezielten Maßnahmen vorzuschlagen für die Regelung und Vermittlung von Krediten, die so gestaltet sein sollen, daß die Rohstoffe im Verlaufe ihres Verarbeitungsprozesses nicht aufhören, als Bürgschaften für die gewährten Kredite zu dienen, sei es für den Exporteur, sei es für einen Bankier, indem der Ertrag des Verkaufs der fabrizierten Artikel in erster Linie zur Zurückhaltung des Kredits dienen muß.

Der zweite Entwurf sieht die Schaffung einer internationalen Kommission unter dem Schutze des Völkerbundes vor. Diese Kommission hätte die Aufgabe, ein Projekt betreffend internationalen Kredit auf der Grundlage des bekannten Entwurfes von V. A. A. zu vermitteln. Dieses Projekt ist von den verschiedenen Völkern, die nicht mehr in der Lage sind, auf dem internationalen Markt Kredite zu veranlassen, Bedingungen zu erlangen, die Möglichkeit geben, wieder Vertrauen einzufassen, um so die für ihre lebensnotwendigen Güterwaren nötigen Mittel beschaffen zu können. Die Regierungen der Länder, die dem genannten Projekte zustimmen wollen, müssen der von dem Rat eingesetzten Kommission Kenntnis davon geben, welche genauen materiellen Bürgschaften sie für die Sicherheit der von den Kreditnehmern zu gewährenden Handelskredite anbieten können. Die interessierte Regierung wird hierauf ermächtigt, in einem Maße die Kommission bewilligten Umfangs Obligationen in Goldwert auszugeben. Die so gebotenen Garantien werden von den beteiligten Regierungen oder von der Kommission verwaltet, so daß die Mehrheit des Völkerbundes den Vorschlag der Regierung des besagten Landes beschloß. Die Kommission in dem Falle, daß die Vermittlung der Kredite den beteiligten Regierungen überlassen wird, in jedem Augenblicke und im Falle der Nichteinhaltung der Bedingungen an die beteiligten Regierungen berichten und die Verwaltung der Kredite übernehmen. Die in Frage stehende Regierung soll das Recht erhalten, gegen einen solchen Entschluß an den Völkerbundrat zu appellieren. Der Völkerbundrat soll das Recht erhalten, gegen einen solchen Entschluß von dem Völkerbundrat gefällte Entschlüsse zu ergreifen. Auf diese Weise werden die Länder, die infolge ihres schlechten Kreditkurses Bedingungen und Bedingungen annehmen müssen, den Ertrag eines unparteiischen Schiedsrichters erhalten. Auf diese Weise unterstützt gegenüber ihren Darlehensgebern, von denen sie keine politischen Verpflichtungen zu befürchten haben, könnten diese Staaten sich wohl Verwaltungsverantwortung annehmen, die in der Welt eine Bedrohung ihrer Souveränität mit sich bringen würden. Ihre Souveränität würde unter dem Schutze des Völkerbundes stehen. Indem sie so ihre Gefahr ihren Darlehensgebern ermittelte Garantien geben könnten, könnten sie in die Lage

kommen, Anleihen zu vernünftigeren Bedingungen aufzunehmen, als ihnen sonst möglich wäre.

Die Konferenz von Brüssel soll keine akademische, wissenschaftlichen Erörterungen bringen, sondern praktische Arbeit leisten. Sie soll die Festlegung der von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages zu leistenden Wiedergutmachung herbeiführen, damit endlich eine wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung und ein wirtschaftlicher Wiederaufbau in den verschiedenen Ländern möglich ist.

Es ist keine neue Erkenntnis, wenn in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen wird, daß bei dieser Lebensaufgabe für die ganze Menschheit der Arbeiterschaft aller Länder die Forderung zu stellen ist. Die Mittel, die ihr dafür heute zur Verfügung stehen, sind einmal das gleichzeitig mit dem Völkerbund gegründete Internationale Arbeitsamt in Genf, an dessen Spitze unter französischer Genossin Albert Thomas steht, dann aber vor allen Dingen die Gewerkschaftsinternationale. Das Internationale Arbeitsamt kann uns zwar in seiner augenblicklichen Zusammenlegung (12 Regierungskommissare, 6 Vertreter der Arbeitgeber und 6 Vertreter der Arbeitnehmer) auch noch lange nicht befriedigen, es hat aber wenigstens gegenüber dem Völkerbunde den Vorzug, daß auch Deutschland in ihm (durch seine Regierungsveteren und einen Vertreter der Arbeitnehmer) vertreten ist.

Es ist ein reiches, wohlüberdachtes Programm, das hier von der Internationalen Arbeiterschaft für die notwendige Befriedung der Weltwirtschaft aufgestellt worden ist, und den Brüsseler Delegierten ergibt sich daraus mancher Fingerzeig. Es besteht eine gewisse Hoffnung, daß allmählich auch Frankreich von seiner brutalen Diktatormethode abkommen wird, deren Wert für die Befriedung seiner fortschreitenden Verarmung sich ja doch immer wieder als illusionär erweist.

Der Berliner Hotelkrieg.

Das Vorgehen der Berliner Staatsanwaltschaft gegen einige Berliner Luxushotels und die als Protest gegen diese Maßnahmen von den Hotelbesitzern verfügten Schließungen ihrer Restaurationsbetriebe, die natürlich eine Waffentucht über den Resten ausbreiten, hat natürlich eine Reaktion in der Presse hervorgerufen. Die gesamte bürgerliche Presse, nicht zum wenigsten die angeblich „demokratischen“ Blätter des Wüstein-Verlags, ja sogar das „Berliner Tageblatt“, veranstalten in Protestartikeln einen Wettlauf um die Gunst der „bedrängten“ Hotelbesitzer und ihrer Schlemmergäste.

Was für Gäste sind es denn eigentlich, die hauptsächlich durch die Schließung der Berliner Hotelbetriebe in Mitleidenschaft gezogen werden? Das solide Mittelstandspublikum wird sich kaum den Besuch der Luxushotels leisten können, desto mehr aber jene üble Sorte von Schiebern und zwecklosten Geschäftsmännern, deren Fernhaltung von Berlin durch solche Maßnahmen nur begünstigt werden kann. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nach dem Abbau der Zwangswirtschaft und der Forderung der Einfuhr heute lediglich noch Getreide, Milch, Butter und Zucker der Rationierung unterliegen.

Die große Not der Berliner Hoteliers geht mit eindringlicher Deutlichkeit aus der nachfolgenden Menükarte des Splendidehotels hervor. Als die Hoteliers vor einer Woche ihre Protestversammlung gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft besetzten hatten, setzten sie ihre Zusammenkunft durch ein kleines bescheidenes Gastmahl Es gab dabei:

- Verdickene Vorperlen
- Klare Ochsenschwanzsuppe
- Blätterteigpastete nach Toulouiser Art
- Gezuckerter Hummer warm mit Trüffelbutter
- Hebräen gebraten mit Saffranmilch
- Johannisbeergallert
- Grüne Bohnen
- Kartoffeln nach Dauphine
- Maronenmus
- Kalter Bistrotzentrallauf
- Feines Gebäk
- Käseplatte
- Rocca.

Nebenbei, zu sagen, daß zur Käseplatte natürlich Brot ohne Brotwaren verabfolgt wurde. An schleimiger Pharisäerhetorik sucht ein Herr J. Landau, Leiter der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Berlins, in der „Täglichen Rundschau“ eine Lanze für die armen Hotelier zu brechen. Er singt seinen Schülern dort folgendes Loblied:

Sie haben sich nicht gekümmert, Hungerige zu sättigen, ermüdet von langer Reise einkehrende Fremde oder auch arbeitserschöpfte Einheimische heimtücklich zu stärken, ruchlos Alte und Schwache zu ernähren, des eigenen Herdes nicht treuherrlich zu hüten, zu verpflegen und ähnlicher Lasten sich schuldig zu machen, die in der Bibel wie im Homer, in den Liedern aller Kulturen, als Gastfreunde beschrieen werden.

Verhöhnt Herr Landau sich selbst oder seine Befehle? Schade nur, daß er nicht auch verrät, wie gut sich die Hoteliers ihre Gastfreundschaft haben bezahlen lassen, und welche Kleinigkeit sie Herrn Landau für seine Gefälligkeit zugemendet haben!

Will man überhaupt der Staatsanwaltschaft einen Dorn im Auge sein, so kann es nur der sein, daß sie zu spät eingegriffen hat. Auf alle Fälle verdienen aber ihre Maßnahmen die lebhafteste Unterstützung aller ehrlichen und sozial denkenden Volksgenossen.

Tendenzlose französische Angaben über Geburtenzahl und Kindersterblichkeit in Deutschland.

Das Preussische Ministerium für Volkswohlstand stellt fest:

Der französische Professor Binard hat kürzlich in der Sitzung des Ausschusses für Geburtenfragen in Paris vergleichende Zahlen über Geburtenziffern und Kindersterblichkeit in Deutschland und Frankreich gebracht und hieran Schlussfolgerungen geknüpft, die in den wichtigsten Punkten irreführend sind. Es muß deshalb zur Berichtigung der Ausführungen des Herrn Binard folgendes festgestellt werden:

1. Es ist richtig, daß die Zahl der Geburten in Deutschland wieder angefallen ist und im Jahre 1919 die Ziffer von 20 auf 1000 Einwohner um einen geringen Bruchteil überschritten hat. Es ist aber nicht richtig, daß damit die Zahl der Geburten in Deutschland wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreicht habe, wie Herr Professor Binard behauptet. Die Geburtenziffer betrug in Deutschland im letzten Jahre vor dem Kriege vielmehr 28 auf 1000 Einwohner, was also beträchtlich höher als im Jahre 1919.

2. Herr Professor Binard bespricht die Höhe der Kindersterblichkeit in Deutschland und bezieht sich hierbei auf eine Statistik aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Herr Binard begeht hierbei aber den von Laien sehr leicht zu übersehenden Fehler, daß er von „Kindersterblichkeit“ anstatt von Säuuglingssterblichkeit spricht. Nun ist es richtig, daß die Säuuglingssterblichkeit im Bezirk Düsseldorf im Jahre 1919 nur etwas über 10 Prozent betragen hat. Es ist aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß diese günstige Ziffer für ganz Deutschland zutrefte. Vielmehr betrug die Durchschnittsziffer der Säuuglingssterblichkeit für ganz Deutschland — soweit dies bisher feststellbar ist — mehr als 12 Prozent, in einer Reihe von Großstädten sogar noch mehr.

3. Im übrigen beweist die anscheinend geringe Höhe der Säuuglingssterblichkeit in Deutschland für den wirklichen Gesundheitszustand unserer Kinderwelt nur sehr wenig. Tatsächlich war während der Kriegsjahre hauptsächlich infolge der für die deutschen Mütter wegen der Milchknappheit bestehenden Notwendigkeit, ihren Kindern im größten Umfange Brustmahrung zu reichen, die Säuuglingssterblichkeit im allgemeinen günstig. Und es ist bisher keinem deutschen Sozialwissenschaftler eingefallen, die Sterblichkeit unserer Säuglinge als ein besonders ungünstiges Moment in der Reihe der schlimmen Kriegsfolgen zu bezeichnen.

4. Worauf es aber heute hauptsächlich ankommt, ist die Tatsache, daß der Gesundheitszustand und die Sterblichkeit unserer Kleinkinder und Schulkinder infolge der jahrelangen Unterernährung und des andauernden Mangels an Milch, Fett usw. derart ungünstig sind, daß wohl nahezu alle Ausländer, die sich ernstlich mit dieser Frage befaßt haben, hiervon geradezu erschüttert sind. Infolgedessen nützt uns auch der verhältnismäßig günstige Gesundheitszustand unserer Säuglinge nur wenig, da Tausende von ihnen, sobald sie in das Kleinkinderalter eintreten und keine Muttermilch mehr erhalten können, infolge Unterernährung rasch zugrunde gehen.

Frau, Politik und Presse.

Von Clara Schen-Schuch.

Sine politische Mündigkeit scheint durch die Welt. Vor allem hat es die Frauen, deren Interesse an der weiteren Entwicklung der deutschen Republik immer geringer wird. Und unter ihnen wieder sind es die Mütterlichen und Beschäftigten, die mit und trotz den Dingen ihren Kopf lehnen. So kommt es denn, daß überall, wo neue Wahlen zu den Volksvertretungen stattfinden, die Wahlberechtigung eine immer schwächer wird und das Ergebnis ein immer trüblicheres im Sinne eines gesunden Fortschritts wird. Die Kandidatwahlen in Sachsen haben das von neuem bewiesen. Zwar hat unsere Partei in Sachsen wie bei den deutschen Reichstagswahlen am 6. Juni die verhältnismäßig besten Stimmen bekommen, aber lange nicht genug, um eine sozialistische Regierung bilden zu können, denn dann müßte sie stärker sein, als alle übrigen Parteien zusammen. Wenn aber sozialistische Mehrheiten in die entscheidenden Körperschaften nicht gewählt werden, dann kann auch keine sozialistische Politik gemacht werden.

Recht begriffen die meisten Frauen diese einfache Tatsache noch immer nicht. Sie meinen, da wir in einer Republik leben, haben wir auch eine sozialdemokratische Regierung. Und da es ihnen vor dem Kriege besser ergangen ist als jetzt, ziehen sie die Schuld an ihrem Gluck auf die Sozialpolitik. Die Folge ist denn, daß sie sich entweder noch dem Kaiserreich anschließen und sich der Deutschen Nationalen oder der Deutschen Volkspartei anschließen, oder daß sie politisch vollkommen taube werden. Die Trägheit der heutigen, welche sich in der Regel nur gefühlsmäßig auf die Sozialdemokratie beziehen, wird durch die Wundererfolge innerhalb der Arbeiterparteien, durch die Abspaltung der Unabhängigen, Kommunisten und Revisionisten von der Sozialdemokratischen Partei immer größer.

Und doch ist beides so falsch und kann, wenn es auch in zufälligen Wahlen zum Ausdruck kommt, ein Zurückweichen aller ernsthaften und ernsthaften Fortschritte der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete werden. Jeder Mensch, der überhaupt über diese Dinge nachdenken will, wird zu der Überzeugung kommen, daß wir doch etwas mehr als unsere Partei zu vertreten haben.

Die gegenwärtige Zeit ist bitterst für alle, die von dem Ertrag ihrer Arbeit leben müssen. Und wieder sind es die Frauen, die die ständige Sorge um Ernährung, Kleidung, Wohnung, um schwerere tragen müssen. Die Lebenshaltung wird immer teurer, die Arbeitslosigkeit geringer. Aber wo liegt denn die Ursache all dieses Elends? Zuerst und immer wieder in dem Krieg, den das deutsche Volkreich in wahnwüthiger Verblendung 14 Jahre lang führte und den wir zu einem großen Teil dem nationalitären Genuß der Parteien zuschreiben müssen, die sich nicht als „Kriegshalter“ bezeichneten und sich jetzt dem armen, ausgebluteten Volk als die „Kriegshalter“ empfehlen. Der verlorene Krieg prägte uns einen Frieden auf, der unser Wirtschaftsleben in seinen Grundlagen und damit die Lebensmöglichkeit jedes einzelnen arbeitenden Menschen unterbindet.

Das wertvollste Rohprodukt, das unter Band für die Industrie liefert, ist die Kraft. Seit dem Versailler Friedensvertrag mußten wir das Saarthalgebiet auf 15 Jahre abtreten, als Vergütung für die unheimliche Zerstörung der Kohlengruben in Lothringen. Von der in Oberlothringen und im Ruhrgebiet gebörderten Kraft müssen wir einen großen Teil an die Entente liefern; unsere eigene Industrie kann nur einen Teil davon bekommen, womit sie fröhlich arbeiten konnte. Und dennoch versuchten kapitalistische Grundbesitzer noch Schritte an den Ausland zu verkaufen, wie sie es mit Grundbesitzern schon taten. Anderswo Rohstoffe, die früher vom Ausland bezogen wurden, fehlen ebenfalls. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit sehr vergrößert. Es kommt nun darauf an, das Überhandene einzuteilen, daß jeder seinen Anteil bekommt; an der Arbeit sowohl wie an den Dingen. Jeder erwachsene Mensch soll die Möglichkeit haben, durch seine Arbeit so viel zu verdienen, daß er menschenwürdig leben kann. Dazu ist die Umgestaltung unserer gesamten Wirtschaft notwendig und der ganzen früheren Gesetzgebung unanwendbar. Beides kann aber nur erreicht werden durch eine Volkserhebung und eine Regierung, die den festen Willen hat, die Umformung der Privatwirtschaft in eine Gemeinwirtschaft zu bewerkstelligen. Die Umgestaltung der Wirtschaft ist mit den anderen Völkern eingeleitet, weil wir mit ihnen wieder zu vernünftigen gegenseitigen Handelsbeziehungen und damit zu einer Erleichterung der Bedingungen des Friedensvertrages kommen.

Eine solche Politik vertritt aber nur die Sozialdemokratische Partei. Solange das deutsche Volk, vor allem die deutschen Frauen, eine Reichsvertretung und damit eine Regierung wählen wie am 6. Juni wird es nicht besser, sondern immer schlimmer, so, wie es in diesen Monaten, seit die Deutsche Volkspartei mit in der Regierung ist, schlimmer geworden ist.

Die Rechtepartei hat sich dem Volk gleichgültig auf gegen den Sozialismus und vor gewalttätigen Lösung des Friedensvertrages. Die Unzufriedenheit der Frau, die nicht nur den Krieg als die Quelle alles Übels erkennt, ist ihnen dabei Wegbereiter. Und doch kann nur der Sozialismus, das Schaffen aller für alle und die Verwirklichung aller für alle, das gegenwärtigen Dunkelheit langsam emporsühren zu dem Lichte einer glücklicheren Zeit. Jede Gemeinpolitik muß in neue Kräfte führen. Damit aber in unerschöpflichem neuen wirtschaftlichen und sittlichen Stand.

Wir Frauen müssen uns klar darüber werden, daß das Volkleben und damit unser eigenes nur in friedlicher Entwicklung wieder besser werden kann. Deshalb haben wir die Pflicht, als freie Staatsbürgerinnen für den Frieden zu wirken. Das tun wir nicht, wenn wir uns den monarchischen Parteien anschließen, ihnen bei den Wahlen unsere Stimmen geben, oder müde und interessellos am politischen Leben werden. Wir müssen mit unserer Stimme die Entscheidung beeinflussen, nicht nur durch unsere Stimme, sondern auch durch die Mitarbeit in der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Durch unsere Unzufriedenheit kommen wir immer mehr zum Bewußtsein, daß wir die sozialistische Politik nicht nur als eine politische Forderung, sondern als eine Lebensforderung betrachten müssen. Die sozialistische Politik ist die einzige, die die Frauen von ihren politischen Aufgaben abzulassen. All der Kleinram, der das Leben der Frau befaßt, ist dort nicht in seinen tiefsten Ursachen untersucht. Durch Erklärungen, die das Leben befähigen, wird in diesen Frauen eine Arbeitslosigkeit systematisch großgezogen. Unsere ergiebige Literatur birgt goldene Schätze, welche die Frauen menschlich und politisch reifer machen können. Sie werden durch die sozialdemokratischen Beiträgen den breiten Massen des Volkes gegeben.

?

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 17. Dezember 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten C. 1.

Die Feuerprobe

Nominale Oper in 1 Akt. Text frei nach einem
stejnischen Lustspiel von Ernst Wänther. Musik
von Walter Dost.

In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brückner.
Musikalische Leitung: Erich Walter. Inspektion:
Otto Friedrich.
Szenen: Tanzbilder.
Ende 9¹⁵ Uhr.

Sonntag, den 19. Dezember 1920, abends 6¹⁵ Uhr
Dauerkarten D 1. Gemäßigte Preise. Marie
Stuart. Ein Trauerspiel in 5 Akten (7 Bilder)
von Friedrich v. Schiller.

Sonntag, den 19. Dezember 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Libello.
Oper in 2 Akten von Ludwig van Beethoven.

Montag, den 20. Dezember 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten F 1. Gartenliebe. Tragödie
in 3 Akten von Max Halbe.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Am Dienstag, den 21. Dezember,
nachmittags 5 Uhr im Wertspelehaus

Große Kinder-Weihnachtsfeier

I. Teil
Märchen- und Lichtbildvorführungen
Brüderchen und Schwesterchen
Der gestiefelte Kater
Die sieben Geiseln u. a. m.
Der Weihnachtsmann der Frauenkommission.

II. Teil
Hänsel und Gretel
Ein Märchenspiel in 3 Bildern.
Begleitende Musik: Klavier: Fr. Sdramm
Violine: Herr Sdramm
Szenische Leitung: Herr Galleiska
Personen des Spiels:
Der Vater W. Krick
Die Mutter Fr. Rexin
Hänsel Fr. Springel
Gretel Gretel Szymanski
Die Hexe Frau Proft-Galleiska
Waldmännchen und Engel.

Eintrittspreise: Kinder 50 Pf., Erwachsene 1.50 Mk.
Verkauf der Eintrittskarten bei allen Vor-
trauensteuten, im Parteilbüro, 4. Damm 7 II
und in den Expeditionen der „Danziger
Volksstimme“, Am Spandau 6, Paradies-
gasse 32; Ohra: Zigarrenhandlung Melke,
Ostbahn 1; Schildy bei Rudolf Ehrhart, Kar-
häuser Straße 48; Langfuhr bei Kristen,
Marionstraße 25 II

Beginn 5 Uhr. Einlaß 1,5 Uhr.



Lichtspiele
Vom 17. bis 23. Dezember.

Der erste große,
nordische Schlager

Das ver- kaufte Herz

Kriminalistisches
Drama in 5 Akten.

In Schuld verstrickt!

Schauspiel von Rudolf
Strauß u. Adolf Lutz
in 3 Akten.

Vorführungen
4, 6, 8 Uhr. (2950)

? ?

Verlangen Sie die
Besten in
in den Gattinnen.



Führt „er“ oder „sie“ Rad,
dann als das Beste zu
Weihnachten:

Shilag-Fahrrad- Lichtmotor

Sein leuchtendes, weiches Licht
Antrieb an der Kette, nicht am Motor.

Fein elektrisch!
Dazu das Billigste.

Zu haben in allen Fahrradhandlungen.
PHILIPPS A.-G. FRANKFURT AM MAIN. RÖDELHEIM.
Größe und Preis: Drucksache 117/183

Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Banemann.
Kunstl. Leitung: Dr. Sigmund Kunstl.

Heute Freitag, d. 17. Dezember

Anfang **7 Uhr** Anfang

„Die schöne Helena“

Buffo-Oper in 3 Akten.
Musik von Jacques Offenbach.

Morgen Sonnabend, d. 18. Dezember

Die schöne Helena

Vorverkauf: Endet tags v. 10—4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69, 70 statt
Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrvorführungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Gedania-Theater

Schlüsselamm 53/55.

Ab heute! Nur bis einschl. Montag
Der Groß-Film der Stenop-Sensations-Klasse!

„Die Tophar-Mumie.“

Ein an Spannung undberührender Sensations-
Film in einem Vorspiel und 4 großen Akten.
In der Hauptrolle: Ellen Bargl.

„Die Glasprinzessin.“

Ergreifendes Film-Drama in 4 großen Akten
mit Heila Neja.

In Kürze: Das unbewohnte Haus. Ein sen-
sationelles Erlebnis des Meisterdetektivs Harry
Hill in 5 großen, spannenden Akten. (3038)

Wer bar Geld braucht
wend sich an R. d. Liedtke,
Danzig, Paradiesgasse 8-9.
(2663)



Volksfürsorge,
Gemeinnützige, Genossenschaftliche
Versicherungsgesellschaft
Aktiengesellschaft
kein Poikenerfall.
— Sterbekasse. —

Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder
Auskunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Schaubühne 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Tattenbuden 36.

Überraschung und Freude

bereiten Sie mit schönen
Weihnachtsgeschenken
wie:

- Parfümerien
in vornehmen Packungen,
- Seifen
in Kartons,
- Riechkissen
- Kölnisch Wasser
(echt)
- in allen Größen usw.
zu billigen Preisen.

Beachten Sie bitte
die Schaufenster.

Drogerie am Dominikanerplatz
Junkergasse 12 Bruno Fasel a. d. Markthalle

Metropol-

Lichtspiele
Dominikancall 12.

Ein Programm auch für Sie!

Das Heldenmädchen der Prarie!

Prächtiger Wild-West in 4 Akten. Wüde
Reiterkämpfe! Herrliche Naturaufnahmen!

Künstlerliebe! (3021)

Ein Spiel von Lieb und Leid in 6 großen
Akten höchster Tragik!

Beginn 4 — 6 — 8 Uhr! Sonntags 3 Uhr.

Hausfrauen!

Backt mit
Carl Seydels Backpulver
Unübertroffen in Triebkraft.
Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Erste Danziger Backpulverfabrik
von Carl Seydel (2995)

Auto-Bereifung

in Auslandsware
sowie
in deutsche Ware
in allen Dimensionen.

Auch für Händler billigst!

Danziger Automobil-Vertrieb

Verkaufsbureau Passage. 3027



Vornehme
**Augen-
gläser**
für
jede Gesichtsbildung
nach Mass.

Liefert mit wissenschaftlich berechneten Gläsern

A. Lehmann

3302) Inh.: L. Gutzzeit
DANZIG, Jopengasse 31—32.

Deutscher Heimatbund

3033 Danzig

Sonntag, den 19. Dezember, abds. 8 Uhr,
Naturforschende Gesellschaft, Franzengasse 26

Lichtbildervortrag

von Herrn Dr. G. Baum:

Wie sah es in unserer Heimat
vor 2000 Jahren aus?

Ein Kapitel aus der vorgeschichtlichen Alter-
tumskunde. — Näheres über eine Führung
durch das Provinzialmuseum (1. u. 2. Z.) am
Vortragsabend. Eintritt frei bei Vorzeigen
der Mitgliedskarte (Beitrag 4 Mk.) sonst 2 Mk.
Karten am Saaleingang oder vorher in der
Danziger Verkehrszentrale, Stadtgraben 5.

Mittwoch, den 22. Dezember, abds. 7 Uhr,
Café Derra, Margareten Tor:

Deutsche Weihnacht

Vorgeschichte von der Ortsgr. Neufahrwasser:
Lichtbilder, Gesänge, Gedichte, ein
Mittelalterliches Weihnachtspiel.

Eintritt bei Vorzeigen der Mitgliedsk. 1.20 Mk.,
sonst 3.00 Mk. einchl. Lustbarkeitsk. Vortrags-
folge als Eintrittsk. am Saaleing. od. vorher
in der Danzig. Verkehrszentrale, Stadtgr. 5
(hier auch Mitgliedskart. zu 4.— Mk. erhält.)

Odeon- u. Eden-Theater

Trotz der bevorstehenden
Feiertage
dürfen Sie nicht verläumen

Das große Filmwerk

Der Hunger nach Gold!

2 Teile — 12 Akte! 3039

I. Teil vom 17.—20. Dezember
II. Teil vom 21.—23. Dezember

Dazu vom 17.—20. Dezember:
Samson—sein eigener Mörder!
Das große Kriminaldrama in 5 Akten.

Passage-Theater

Noch Freitag und Sonnabend:
Der große Sittensfilm!

Die Hölle d. Jungfrauen

5 gewaltige Akte.
Lebensschicksale unerfahrener Mädchen
und der große Spielfilm

Baccarat!

6 gewaltige Akte

Ab Sonntag:
Stuart Webb in dem Film:
„Die Schuld des Anderen“
und „Willen Blut“.
Das große Drama. 3040

+RHEUMA+

Sicht, Ischias, Lähmungen, Neuralgie,
sämtliche chronische und akute Leiden,
Modernste Spezial-Behandlung.
Nebenamtlich ausgezeichnete Heilfolge. (3074)
Aerztlich geleitete Naturheilanstalt.
Danzig, Stadtgraben 13. Sprechstunden wochentags 9—5.

Sämtliche Bände

der
Arbeiter-Geundheitsbibliothek
wieder vorrätig.

Buchhandlung „Volkswacht“,
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.